



## Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 25.01.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1	Einwohnerantrag "Photovoltaik-Ausbau auf Ludwigsburger Dachflächen beschleunigen" (Vorberatung)	Vorl.Nr. 009/24
-------	---	-----------------

---

#### Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Ludwigsburg begrüßt den Einwohnerantrag „Photovoltaik-Ausbau auf Ludwigsburger Dachflächen beschleunigen“. Sie erkennt die Forderung nach einer Unterstützung des Zubaus von Photovoltaik auf bestehenden Ludwigsburger Dachflächen durch die Stadt und einen beschleunigenden Ausbau von PV auf eigenen Gebäuden an und unterstützt deren Umsetzung mit den unter der Ziffer 2.2 und 2.3 aufgeführten Maßnahmen.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH (SWLB), darauf hinzuwirken, dass die unter Ziffer 2.4 aufgeführten Maßnahmen prioritär angegangen und umgesetzt werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

#### Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden und merkt an, dass die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam beraten werden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf und gibt den Vertrauenspersonen des Einwohnerantrags die Möglichkeit, das Anliegen zu erläutern und zum Einwohnerantrag Stellung zu nehmen.

Nachfolgend der Wortbeitrag der **Vertrauenspersonen**: „Sehr geehrte Frau BMin Schwarz, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates hier im Bauausschuss der Stadt Ludwigsburg. Wir freuen uns sehr und sind auch wirklich ein bisschen stolz darauf, dass der Einwohnerantrag jetzt vor Ihnen liegt und dass die Stadt Ludwigsburg dazu eine Beschlussvorlage angefertigt hat. Mehr als 1200 Unterschriften der Bürgerinnen

und Bürger der Stadt Ludwigsburg haben unserem Anliegen dann doch einigen Nachdruck verliehen. Was ist eigentlich das Ziel hinter unserem Antrag? Wissenschaftler/-innen haben für jedes Land ein CO<sub>2</sub> Budget festgelegt, das man nicht überschreiten darf, wenn man die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad halten möchte. Deutschland hat dieses CO<sub>2</sub> Budget 2023 bereits im Mai erreicht und wir leben sozusagen echt auf CO<sub>2</sub> pump. Wir brauchen die Klimaneutralität in Deutschland und auch in LB, das vereint uns hier. Das Ziel ist klar und da sind wir uns einig. Wir sind uns auch einig, dass nicht nur die Klimaneutralität wichtig ist, sondern wann und wie schnell sie erfolgen kann. Deswegen brauchen wir einen möglichst minimalen CO<sub>2</sub> Ausstoß in Ludwigsburg und dafür ist die Energiewende ein sehr großer Hebel. Der Umstieg von fossilen Energieträgern auf Erneuerbare ist ein sehr großer Hebel, der auch zusätzlich sehr kostengünstig im Verhältnis zu realisieren ist. Darauf bauen wir auf und fordern die Verdreifachung der Photovoltaikleistung Ludwigsburg von 20.000 auf 60.000 KwP bis 2030 und fordern ebenfalls den Stand der Umsetzung pro Jahr als Bericht und die neuen Maßnahmen, die im darauffolgenden Jahr gemacht werden sollen. Wir wollen eigentlich nur 2 Dinge. Auf der Seite der Bürger/-innen hätten wir gerne eine Erleichterung, wenn man sich eine PV-Anlage anschaffen möchte und wir fordern von der Stadt Ludwigsburg, dass sie weiterhin progressive Maßnahmen für die Förderung der Photovoltaik auf den Weg bringt. Deswegen begrüßen und befürworten wir auch die Beschlussvorlage der Stadt Ludwigsburg ausdrücklich. Wir haben uns allerdings im Vorfeld auch selbst Gedanken gemacht, wie man vielleicht mit paar leichten Maßnahmen, die nicht viel Geld kosten, was auf den Weg bringen könnte. Als Grundlage für so ein ambitioniertes Vorhaben würden wir eine wissenschaftliche Basis begrüßen. Mit einer Potentialanalyse, welche Dächer haben besonders viel Potential und wo kann man mit möglichst geringem Aufwand möglichst viel Ertrag rausholen, seien es Freiflächen, Dachflächen, Gewerbedächer, Private Flächen etc. Außerdem wurde als Hauptkritikpunkt in direkten Gesprächen mit der Bürgerschaft angebracht, dass ein zu geringes Beratungsangebot da ist. Man müsse sehr lange auf Beratungen warten und die Antragstellung, die Förderbedingungen, der gesamte bürokratische Prozess sei viel zu aufwendig. Sie fühlen sich überfordert und alleingelassen. Um die Nachfrage nach Beratung stemmen zu können brauchen wir mehr Stellen, sei es bei der SWLB oder direkt bei der Stadt. Möglich wäre z.B. auch die Website der Stadt Ludwigsburg etwas umzugestalten, dass jeder in seiner eigenen Lebenslage abgeholt wird, z.B. durch multiple Choice. Wenn ich anklicken kann, bin ich Mieter, bin ich Eigentümer und dann nachher rauskommt z.B. für dich rentiert sich eine Balkonsolaranlage oder du kannst eventuell in eine Energie Genossenschaft investieren. Dadurch könnte man auch die möglichen Förderungen, die es gibt, besser an den Menschen bringen. Da oder dort kannst du deine Gelder abholen und es wäre die Möglichkeit auch zu sagen, wo man die PV-Anlage beantragen kann, z.B. bei der SWLB. Eine weitere Anregung durch die Solarinitiative ist gar nicht immer mehr Geld auszuloben, sondern zu sagen, man stellt eine Beratungsstelle zur Verfügung, die während des ganzen Vorgangs bei den Antragsstellern bleibt. Wenn wir diese ganzen Erleichterungen und Vereinfachungen gemacht haben dann muss diese ganze Info auch an den Bürger kommen. Das kann man sehr gut mit einer Briefkampagne realisieren. Einfach jedem Bürger und jeder Bürgerin einen Brief schicken, in dem die Photovoltaikmöglichkeiten für jede Lebenslage aufgeführt sind mit den entsprechenden Fördermitteln und den Beratungsstellen, so dass alle Bürger auf dem gleichen Stand sind. Ein Drittel der Bürgerschaft wusste nichts von den ganzen Möglichkeiten, die Ihnen eigentlich zur Verfügung stünden. Das man sich auch ohne eigenes Dach an Energie-Genossenschaften beteiligen kann. Das wäre eine gute Basis, auf der man dann gemeinschaftlich weiterarbeiten könnte. Eine weitere Anregung war, die Vernetzung

der Handwerksbetriebe untereinander, so dass ein Antragsteller nicht allein einen einzigen Handwerksbetrieb hat, sondern dass die Betriebe einen Pool erstellen und die Aufgaben untereinander, je nach Kapazität, aufgeteilt werden. Dann wäre auch noch die Möglichkeit, dass Unternehmen die z.B. Parkflächen von der Stadt Ludwigsburg gepachtet haben und diese überdachen und mit Photovoltaik bestücken, eine Pachtminderung erhalten können. Somit müsste die Stadt nicht aktiv Geld ausgeben, sondern auf gewisse Einnahmen verzichten. Die Vorteile und Chancen von Photovoltaik sind klar benennbar. Wir fördern die regionale Wertschöpfung, wir werden stromtechnisch autarker als Stadt und die Stromförderung wird auch einfacher. Ludwigsburg hat sich in den letzten Jahren als Nachhaltigkeitsvorreiter und Vorbild etabliert und diesen Status müssen wir aufrechterhalten. Wir sind eine Inspiration für unsere umliegenden Städte und dies könne sogar im besten Fall dazu führen, dass wir Nachahmer in den Städten haben und auch da progressive Klimaschutzmaßnahmen nach unserem Beispiel folgen. Wo wir allerdings nicht so gut dastehen, ist der Photovoltaik Bereich tatsächlich. Da sind wir im aktuellen Wettbewerbsranking auf Platz 217 hinter Bietigheim-Bissingen, Waiblingen, Ditzingen und Herrenberg beispielsweise. Und jetzt kommen nochmal die Bürger/-innen der Stadt Ludwigsburg ins Spiel. Wir haben während unseren Sammelaktionen sehr viel Zuspruch bekommen an den Infoständen aber auch bei uns im Bekanntenkreis. Die gesagt haben, toll, dass sich jemand dieser Thematik annimmt und dass hier die Photovoltaik ausgebaut werde. Wir haben das Gefühl, dass die Leute in Ludwigsburg wirklich ambitioniert mitarbeiten möchten, hier im Klimaschutz und dass sie einfach von der Stadt Ludwigsburg auch ambitionierte Maßnahmen erwarten. Des Weiteren haben wir das Gefühl gehabt, dass der Klimaschutz bei den Bürgern wirklich im Herz angekommen ist und dass es auch für die nächsten Wahlen eine große Rolle spielen wird, wie sich hier die einzelnen Parteien darstellen werden. Wir sehen, dass Ludwigsburg aktiv an der Energiewende teilnehmen möchte. Allerdings vermissen wir auch in der Beschlussvorlage aktuell einen festen Maßnahmenplan. Wir brauchen pro Jahr eine Liste mit Maßnahmen, die in einem gewissen Zeitraum umgesetzt werden sollen und auch die Zuwachsgeschwindigkeit also wie viel KwP soll denn pro Jahr erreicht werden. Ihr oder Sie haben die Hebel in der Hand. Sie können die Energiewende hier in Ludwigsburg vorantreiben. Sie haben Quasi die größtmögliche Macht in diesem Fall. Wir würden das auch gerne von uns selbst sagen. Allerdings können wir lediglich anbieten mit Ihnen im Gespräch zu bleiben und den Prozess zu begleiten sowie das Sprachrohr der Bürgerschaft sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir würden uns über eine Zusammenarbeit freuen.“

Eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales, ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft und der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Um das Ziel zu erreichen, sei die Stadt auf die aktive Mitwirkung der Bürgerschaft angewiesen.

BMin **Schwarz** dankt den Vortragenden und eröffnet die Aussprache. Die Stadt begrüßt den Einwohnerantrag. Das Ausbauprogramm werde für die Stadt erstellt. Für die Bürgerschaft sei dies nicht möglich, da dies private Investitionsentscheidungen betreffe. Mit dem Vorschlag der Stadtwerke und den Angeboten an die Bürgerschaft könne das Ziel durchaus erreicht werden. Man müsse die Kommunikation mit der Bürgerschaft ausdehnen. Durch die Unterschriftenaktion konnte bereits viel beigesteigert werden, lobt sie die Initiative zum Einwohnerantrag.

Die Bürger wollen eine Entbürokratisierung bei der Anschaffung von PV-Anlagen, meint Stadtrat **Sorg**. Er dankt den Initiatorinnen und Initiatoren für den Antrag. Man

wolle mit positiven Beispielen vorangehen und die Menschen mitnehmen. Er regt die Schaffung einer Anlaufstelle an und diese könne dann gegebenenfalls weiterreichen. Beratung sei oftmals wichtiger als finanzielle Zuschüsse. Früh müsse der Kontakt zum Netzbetreiber gesucht werden und dieser müsse sicherstellen, dass der PV-Strom eingespeist werden könne. Bereits nach zwei Jahren amortisieren sich die Solarzellen energetisch. Ausgediente können zum großen Teil recycelt werden. Er hofft, dass die deutsche Solarindustrie wiederbelebt werde. Man habe viele ambitionierte Bereiche und er spricht die kommunale Wärmeplanung und die Mobilität an. Hier brauche es noch viel Einsatz der Verwaltung. Der heutigen Vorlage werde seine Fraktion gerne zustimmen.

Stadtrat **Braumann** merkt an, dass seine Fraktion den PV-Ausbau weiter fördern und beschleunigen wolle. Man sei auf einem guten energiepolitischen Stand. Regelmäßige Berichte zu Kosten, Leistung und Machbarkeit werden gewünscht. Die Stadt arbeite zielstrebig und stadterträglich an der Klimaneutralität in Ludwigsburg.

Der Ausbau geht zu langsam, sagt Stadtrat **Weiss** und fordert eine Potentialanalyse, vor allem zu den öffentlichen Dächern. Die Bürokratie verhindere die Entwicklung, wie auch der Materialmangel. Es sei gut, wenn der Antrag dies beschleunige. Er lobt das neue Gesellschaftermodell der Kreissparkasse.

Photovoltaik dürfe nicht nur auf Dächern, sondern müsse auch an Fassaden gedacht werden, so Stadtrat **Juraneck**. Die ausschlaggebenden Akteure sei die Bürgerschaft. Man benötige eine bessere Übersicht und Beratung. Auch auf landwirtschaftlich ungeeigneten Flächen, beispielhaft entlang der Autobahnen, gebe es noch Potential. Alle Möglichkeiten sollen zur Zielerreichung ausgeschöpft werden. Er hebt die Solarinitiative hervor, die sich bereits seit 20 Jahren engagiere. Auch energetische Sanierungen tragen zur Energiewende bei, jedoch seien diese durch gestiegene Preise, Verunsicherung in der Bevölkerung und spezifische Voraussetzungen, schwierig in der Umsetzung. Für die Bürgerschaft müsse hier Klarheit geschaffen werden, damit aktiv dieses Thema angegangen werde.

Stadtrat **Eisele** würdigt den Antrag. Vieles sei bereits angestoßen. Er ist davon überzeugt, dass die Ziele erreicht werden können. Es müsse ein Angebot mit einer niederschweligen Beratung geschaffen werden. Er gibt zu bedenken, dass die Verwaltung noch viele weitere Aufgaben zu bewältigen habe. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Die Bürgerschaft gehe mit diesem Antrag voraus, lobt Stadträtin **Kainz**. Sie wird der Vorlage zustimmen. Der städtische Handlungsspielraum sei begrenzt. Die Bewusstseinsbildung, um die Klimaneutralität voranzutreiben, liege in der Hand der Bürgerschaft. Sie lobt die Gründung der Gesellschaft zwischen der SWLB mit der Kreissparkasse, wie auch Energiegenossenschaften und Teilnehmungsmodelle für die Bürgerschaft. Kritisch sehe sie die Verwendung der chinesischen Solarmodule, hierzu müsse eine Regelung durch die Bundesregierung durch Zölle und Vorgaben eingreifen. Sie fragt nach den Wartezeiten bei der Inbetriebnahme.

Der Ertrag aus Wind- und Wasserkraft sei in Süddeutschland eher gering, meint Stadtrat **Remmele**. Deshalb sei es wichtig auf Photovoltaik zu setzen. Dies müsse in die Bürgerschaft kommuniziert werden.

Stadtrat **Link** wird der Vorlage zustimmen. Er geht auf Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ein und gibt zu bedenken, dass weitere Aufgaben zu erledigen

seien. Viele Bauanträge werden derzeit zurückgezogen, da die Finanzierung nicht gewährleistet sei. Er fragt, wieviel Mitglieder im Gremium eine eigene Anlage betreiben. Man müsse mit gutem Beispiel vorangehen.

Stadtrat **Handel** wünscht eine Einbindung des Landkreises und die Bestückung der landeseigenen Dächer. Die Eigentümergemeinschaften der Mehrfamilienhäuser sollen gezielt beraten werden.

Über die Kommanditgesellschaft könne Privatkapital eingebracht werden, so der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim. Man wolle weitere Produkte entwickeln. Hierzu gehören auch Mieterstrommodelle. Sofern alle Unterlagen vorliegen, erfolge die Zählersetzung zeitnah, dennoch sehe er auch hier Beratungsbedarf. Das Thema Energiewende werde sich auch im Landkreis wiederfinden.

BMin **Schwarz** lässt über die Vorlage abstimmen. Bei der Stadt gebe es ein gutes Beratungsangebot. Der Landkreis schreibe seinen Klimaschutzplan fort und konzentriere sich auch auf die landeseigenen Flächen. Sie hofft auf die Mitwirkungsbereitschaft der Wohnungseigentümergemeinschaften.

TOP 2                      Sachstandsbericht Photovoltaik-Ausbau  
- mündlicher Bericht

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 1.

TOP 3                      Projekt Energiesparmodelle an Schulen  
- mündlicher Bericht

---

**Beratungsverlauf:**

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Stadtentwicklung, Klima und Internationales und die **Projektleiterin** des Landratsamtes informieren anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache. Man wolle die Kinder und Jugendliche mitnehmen. Sie lobt das Projekt, hierdurch könne die Wirkung des eigenen Handelns aufgezeigt werden. Sie ist überzeugt davon, dass der Energieverbrauch an den Schulen zurückgehen werde.

Bereits bei Kindern und Jugendlichen anzusetzen sei der richtige Weg, lobt Stadträtin **Dr. Knoß** dieses Projekt und hofft auf Einsparungen in allen öffentlichen Einrichtungen. In vielen Schulen gebe es gleichbleibende Temperatureinstellungen, egal ob die Zimmer nach Süden oder Norden ausgerichtet seien. In diesem Falle könne die Schülerschaft nicht einwirken. Hier sei die Stadt in der Verpflichtung. Zudem solle jeder für das Thema Beleuchtung sensibilisiert werden. Sie fragt, mit welchen Maßnahmen Wasser an Schulen eingespart werden könne. Man müsse eng mit den Hausmeistern kooperieren. Auch der Schulweg solle einbezogen und auf Fahrgemeinschaften und die Nutzung des ÖPNV hingewiesen werden.

Stadtrat **Braumann** rät ebenso die Hausmeister einzubeziehen. Die Maßnahmen müssen objektbezogen sein und erklärt werden. Bei alten Toiletten und Gebäuden beispielsweise könne die Reduzierung des Wasserverbrauchs nicht sinnvoll sein, da unter Umständen die Fallrohre zugesetzt sein können. Auch nicht alle Stromgeräte vertragen ein ständiges Aus- und Anschalten. Die digitale Ausstattung der Schulen sei gut, wirke sich jedoch auf den Stromverbrauch aus. Manche Schulen seien bereits mit einer PV-Anlage ausgestattet. Nicht alle Gebäude erfüllen die aktuell technischen Standards. Das Projekt biete viele gute Ansätze. Diese werden in die Haushalte getragen, umgesetzt und weiterverbreitet, lobt er.

Die Motivation zur Einbringung könne durch Prämien gesteigert werden, regt Stadtrat **Weiss** an. Er wünscht eine Wende hinsichtlich der Elterntaxen. Kinder können auch auf ihre Eltern einwirken. Seine Fraktion unterstütze das Projekt.

Das Projekt solle dauerhaft angeboten werden und sei vermehrt in den Grundschulen gewünscht, meint Stadträtin **Liepins**. Die Ideen werden von den Kindern ins Elternhaus getragen. Sie geht auf die jährliche Energieeinsparung und Erfolge ein und fragt, wie dies gemessen werde, auch im Vergleich zu den Vorjahren. Weiter spricht sie die Schwierigkeiten der Temperaturregelung und Lüftung in den öffentlichen Räumen an.

Stadtrat **Eisele** wünscht eine regelmäßige Berichterstattung. Durch die Kooperation mit dem Landkreis könne man Synergieeffekte nutzen. Er fragt, wie hoch die Beteiligung der Schülerschaft in den jeweiligen Schulen sei. Zudem interessiert ihn, wie es nach Ende der Projektzeit weitergehe.

Stadträtin **Kainz** fragt nach den geplanten Maßnahmen an den Grundschulen. Die Selbstwirksamkeit sei der wichtigste Aspekt, meint sie.

Das Projekt werde mit dem Landkreis weitergeführt, hierzu laufen bereits Gespräche, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Stadtentwicklung, Klima und Internationales.

Die **Projektleiterin** des Landratsamtes geht auf die offenen Fragen ein. Zur Wassereinsparung merkt sie an, dass beispielsweise die Schülerschaft sensibilisiert werde, defekte WC-Spülungen und Wasserhähne zu melden. Auch der Verbrauch von Papierhandtüchern könne eingeschränkt werden. Die Schüler beschäftigen sich dadurch auch mit Kreislaufragen. Zur Mobilität gebe es bereits mehrere Maßnahmen, wie der Rad-Check, Gespräche mit Eltern oder der Bus auf Beinen. Zum Energiecontrolling stehe man im engen Kontakt mit der Verwaltung. Eine Energiesparprämie werde eingeführt. An den Schulen werde das Thema als Arbeitsgemeinschaft angeboten. Die Energieteams wechseln jährlich. Die Energiebeauftragten haben jeweils einen Vertreter. Die Zusammensetzung der

Energieteam und die Integration in den Unterricht sei an den Schulen unterschiedlich.

BMin Schwarz fügt hinzu, dass die Hausmeister regelmäßig geschult werden. Sie schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4	Bebauungsplan "Stuttgarter Straße Süd" Nr. 052/01 - Beschluss über die Aufhebung eines eingeleiteten Bebauungsplanverfahrens (Vorberatung)	Vorl.Nr. 333/23
-------	---	-----------------

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplans „Stuttgarter Straße Süd“ Nr. 052/01 wird beschlossen.

Das am 13.12.2018 eingeleitete Bebauungsplanverfahren (Geltungsbereich siehe Anlage 1) wird eingestellt.

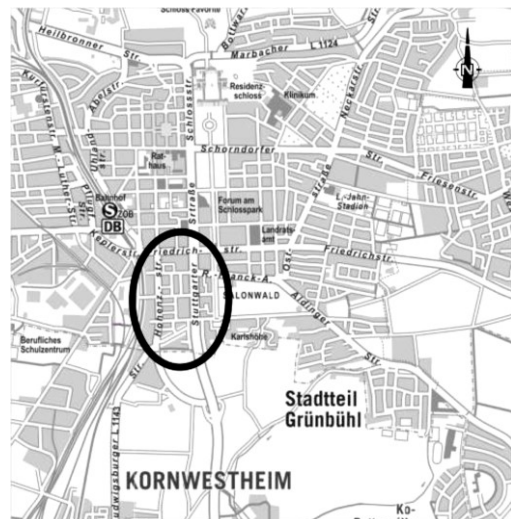
- II. Das Bebauungsplanverfahren soll eingestellt werden, da die Fortsetzung des Verfahrens aufgrund des Inkrafttretens der Erhaltungssatzung „Historischer Gartenstadtteil Südstadt“ nicht mehr erforderlich ist. Das einstige Ziel der Planung, das Bestandsgebiet in seiner besonderen architektonischen Qualität zu sichern und langfristig die städtebauliche Entwicklung zu ordnen, wurde erfüllt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.



G

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.